

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen** der Stadt Burgdorf am
02.07.2012 Sitzungszimmer des Rathauses II

17.WP/WuF/008

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 17:44 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 17:43 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 17:46 Uhr

Anwesend: stellv. Vorsitzender

Hinz, Gerald

Mitglied/Mitglieder

Apel, Robert
Braun, Hartmut
Plaß, Barthold
Ruser, Horst
Schulz, Kurt-Ulrich

stellv. Mitglied/Mitglieder

Peters, Kai

Vertreter für Herrn
Zschoch

Rheinhardt, Michael

Vertreter für Herrn Ehr-
hardt

Beratende/s Mitglied/er

Gündel, Roy
Waldeck, Jürgen

Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Herbst, Rainer
Lahmann, Jörg
Philipps, Lutz
Scholz, André

bis TOP 5, 17.15 Uhr

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 21.05.2012
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen laut Geschäftsordnung

5. Haushaltssicherungskonzept - Einsparungen im Bereich Straßenbeleuchtung
Vorlage: 2012 0156
6. Energielieferung für die städtischen Gebäude - Ausschreibungsverfahren
Vorlage: 2012 0168
7. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Hinz eröffnete um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend wurde die Tagesordnung in der diesem Protokoll vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 21.05.2012

Herr Ruser bat darum, das Protokoll vom 21.05.2012 zum Tagesordnungspunkt 4.1 wie folgt zu ergänzen:

„Auf die zweite Nachfrage von Herrn Ruser zur räumlichen Ausstattung in einer Grundschule, in der ein hörgeschädigter Schüler unterrichtet wurde, verwies Herr Kugel darauf, dass dieser Sachstand im Zusammenhang mit der Beantwortung zur Barrierefreiheit in städtischen Gebäuden erläutert wird.“

Mit dieser Änderung wurde das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 21.05.2012 mit 1 Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Philipps verwies auf eine Informationsdrucksache der Region Hannover mit der Bezeichnung ‚Leitlinien einer strategischen Finanzpolitik für die Region Hannover‘. Kerninhalte der Strategie sind:

1. Die weitere konsequente Konsolidierung des Regionshaushalts bei Fortführung nachhaltiger und zukunftsorientierter Investitionen
2. Die Förderung besonders finanzschwacher Kommunen mit dem Ziel, vergleichbare Lebensverhältnisse in der Region zu gewährleisten (Ausgleichsfunktion)
3. Die Entlastung aller regionsangehörigen Städte und Gemeinden (Regionsumlage).

Die Regionsverwaltung schlägt vor, die für das Jahr 2009 umgesetzte Erhöhung der Regionsumlage zurück zu nehmen und die Hebesätze auf das Niveau des Jahres 2008 zu senken.

In einer hierzu erstellten Informationsdrucksache wird aufgeführt, dass dieses im Haushaltsjahr 2013 für Burgdorf (bei Berücksichtigung der aktuellen Steuerkraft/Schlüsselzuweisung) zu einer Verringerung der zu zahlenden Regionsumlage um 472.000 € führe.

4. **Anfragen laut Geschäftsordnung**

K e i n e

5. **Haushaltssicherungskonzept - Einsparungen im Bereich Straßenbeleuchtung** **Vorlage: 2012 0156**

Herr Herbst verwies auf die in der Vorlage gemachten Erläuterungen zur Nachtabschaltung und erklärte, dass der Ausschuss für Umwelt und Verkehr eine Beschlussempfehlung zu c) der Vorlage abgegeben habe.

Herr Schulz begrüßte diesen Beschluss, da dadurch der Stromverbrauch erheblich reduziert werden könne. Er wies aber darauf hin, dass ihm aufgefallen sei, dass die Lampen trotz heller Tage schon sehr früh angingen und morgens recht spät ausgeschaltet werden.

Hierzu erklärte **Herr Herbst**, dass die Schaltung der Lampen zentral von Burgwedel aus gesteuert werde. Es gäbe keine eigene Schaltung nur für Burgdorf. Er werde dieses Thema aber bei Gelegenheit mit der Betriebsführung besprechen.

Nach kurzer weiterer Diskussion fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen **Beschluss**:

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung aus der Vorlage 2012 0156 zur Kenntnis.

Der Verwaltungsausschuss beschließt

- c) **die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für das „Beleuchtungserneuerungskonzept LED“ anstelle der bisherigen Planungen zur Nachtabschaltung fortzuführen. Entsprechende Haushaltsmittel sind für 2013 zu beantragen.'**

6. **Energielieferung für die städtischen Gebäude - Ausschreibungsverfahren** **Vorlage: 2012 0168**

Herr Lahmann gab eine kurze Erläuterung zur Vorlage. Er verwies darauf, dass der Strommarkt z.Zt. starken Schwankungen unterworfen sei. Ökostrom sei z.Zt. zwischen 0,3 und 0,5 ct/kWh teurer als Normalstrom, was momentan bei gleichbleibendem Stromverbrauch wie 2011 zu einer jährlichen Netto-Mehrbelastung von 7.500 bis 8.000 € beim reinen Arbeitspreis führen würde. Eine realistische Einschätzung möglicher Mehrkosten ist aber nicht möglich.

Herr Plass wies darauf hin, dass die CDU aus wirtschaftlichen Gründen nur der Ausschreibung von Normalstrom zustimmen würde, es sei denn, der Ökostrom wäre zum Zeitpunkt der Ausschreibung günstiger oder auf gleichem Niveau wie Normalstrom.

Herr Ruser sprach sich für die SPD für die Ausschreibung von Ökostrom aus.

Dem stimmte auch **Herr Braun** zu. Er verwies darauf, dass die Energiewende zwar schleppend in Gang komme, aber der Markt dem bereits Rechnung trage. Die Preise von Normalstrom und Ökostrom würden sich immer mehr annähern.

Herr Apel und auch **Herr Schulz** sprachen sich dafür aus, wenn schon Geld in die Hand genommen werde, dann müsse dieses vorrangig für energetische Sanierungen eingesetzt werden.

Herr Schulz sprach sich für die WGS für die Ausschreibung von Normalstrom aus, wäre aber bereit, bei einer Mehrheit für die Ausschreibung von Ökostrom bei der Festlegung der Kappungsgrenze von 5 statt 10 % diesen Beschluss dann mit zu tragen.

Dem setzte **Herr Lahmann** entgegen, dass die Kappungsgrenze von 10% durch Vorgaben der KWL festgesetzt sei. Hier könne keine Änderung vorgenommen werden. Ansonsten müsse Burgdorf eine Einzelausschreibung vornehmen, die dann teurer werde. Auch ist davon auszugehen, dass dann der Bezug des Stroms zu höheren Preisen erfolgen werde.

Nach kurzer weiterer Diskussion ließ **Herr Hinz** über den Punkt b) des Beschlussvorschlages wie folgt abstimmen:

„Der Strombedarf für die städtischen Gebäude für den Zeitraum 01.01.2014 bis 31.12.2015 wird wie folgt ausgeschrieben:

Teilnahme an der KWL-Bündelausschreibung:

b) Ökostrom „mit Kappungsgrenze“

Der Bürgermeister wird ermächtigt, das wirtschaftlichste Angebot der ausgewählten Variante anzunehmen‘

Dieser Beschlussvorschlag wurde mit 4 Jastimmen und 4 Neinstimmen **abgelehnt**.

Anschließend ließ **Herr Hinz** über den Punkt a) des Beschlussvorschlages wie folgt abstimmen:

„Der Strombedarf für die städtischen Gebäude für den Zeitraum 01.01.2014 bis 31.12.2015 wird wie folgt ausgeschrieben:

Teilnahme an der KWL-Bündelausschreibung:

a) Normalstrom

Der Bürgermeister wird ermächtigt, das wirtschaftlichste Angebot der ausgewählten Variante anzunehmen‘

Dieser Beschlussvorschlag wurde mit 4 Jastimmen und 4 Neinstimmen **abgelehnt**.

7. Anregungen an die Verwaltung

K e i n e

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Stellv. Ausschussvorsitzender

Protokollführerin